



## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll**

### **156. Ratssitzung vom 1. Oktober 2025**

#### **5203. 2025/45**

**Weisung vom 05.02.2025:**

**Motion von Julia Hofstetter und Barbara Wiesmann betreffend Realisierung von CO<sub>2</sub>-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Stadt Zürich, Pilotprojekt Internationale Klimafinanzierung Zürich, neue einmalige Ausgaben, Nachtragskredit, Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von 6 Millionen Franken bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2025 (Stadtentwicklung [1505]) werden folgende Positionen erhöht:

| Konto                                                               | bisher (in Fr.) | Erhöhung (in Fr.) | neu (in Fr.) |
|---------------------------------------------------------------------|-----------------|-------------------|--------------|
| (1505) 3010 00 000, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals    | 6 117 000       | 29 000            | 6 146 000    |
| (1505) 3050 00 000, AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten | 371 700         | 2 000             | 373 700      |
| (1505) 3052 00 000, AG-Beiträge an Pensionskassen                   | 834 500         | 4 000             | 838 500      |
| (1505) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter                        | 1 705 000       | 70 000            | 1 775 000    |
| Total                                                               | 9 111 300       | 105 000           | 9 216 300    |

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Die Motion GR Nr. 2022/338 von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13. Juli 2022 betreffend Realisierung von CO<sub>2</sub>-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.



Referat zur Vorstellung der Weisung:

**Pascal Lamprecht (SP):** Das Ziel der Motion GR Nr. 2022/338 war, dass Zürich durch eine internationale Klimafinanzierung CO<sub>2</sub>-Reduktionen im Umfang von 10 Prozent des jährlichen städtischen CO<sub>2</sub>-Austosses realisieren soll. Das Projekt solle zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit erfolgen, nicht auf die städtische Netto-Null-Bilanz angerechnet werden und die sozialen und ökologischen Co-Benefits wie die Nachhaltigkeitsziele der UNO berücksichtigen. Der Stadtrat hat nun einen Vorschlag zur Umsetzung mit einem Pilotprojekt in den Jahren 2026–2030 vorgelegt. Dazu budgetiert er 6 Millionen Franken, wovon 1 Million Franken für die Koordination und Evaluation gedacht ist. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit von Stadtentwicklung Zürich (STEZ) und dem Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD). Ziel gemäss Weisung ist eine Reduktion von 250 000 Tonnen CO<sub>2</sub> in fünf Jahren. Die Projekte müssen dabei einen Bezug zu Zürich haben, dieser ist aber relativ breit definiert: Ein Unternehmen kann seinen Sitz in Zürich haben oder über die Lieferkette oder den Konsum einen Stadtbezug aufweisen. Trotzdem sollen die lokalen Partner eingebunden werden. Auch wichtig ist, dass mindestens eines der 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO berücksichtigt wird. Dabei gilt: «Do no harm». Das heisst, dass die wirtschaftliche Aktivität nachhaltig sein muss, ohne dadurch andere Nachhaltigkeitsziele zu torpedieren. «Leave no one behind» meint, dass Klimaschutzmassnahmen nicht auf Kosten benachteiligter Menschen oder Regionen erfolgen und demnach sozial gerecht und inklusiv gestaltet sein sollen. Erwähnenswert ist auch der Unterschied zu «KlimUp». Hier liegt der Fokus nicht auf Frühphasen-Start-ups, sondern auf bereits bestehenden Projekten. In der Kommission haben wir inhaltlich vor allem über drei Punkte diskutiert: über die Projektkosten, den Projektcharakter und die CO<sub>2</sub>-Preise. Bei den Projektarten, die unterstützt werden sollen, wurden Beispiele aus Mobilität, Gebäude, Ernährung, Wasser und Biodiversität genannt. Hinzu kamen die Anrechenbarkeit der Reduktion und die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern. Beim Postulat werden wir die CO<sub>2</sub>-Preise bestimmt noch länger diskutieren. Entweder nimmt man einen Marktpreis von 20 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> oder die mit 430 Franken deutlich höher liegenden Klimaschadenskosten gemäss Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). Diese Diskussionen hatten Einfluss auf die Dispositivpunkte. Aus Sicht der SP-Fraktion wird mit diesem Projekt in die internationale Klimafinanzierung investiert, vor allem in betroffene Regionen in der Welt. Das Ziel ist, 10 Prozent unserer jährlichen Emissionen durch Klimaschutzmassnahmen im Ausland zu kompensieren. Deswegen müssen wir unsere lokalen Anstrengungen keineswegs vernachlässigen. Zudem sollen die Projekte nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, sondern auch die Biodiversität und soziale Gerechtigkeit fördern und Anpassungen an den Klimawandel ermöglichen. Dabei beziehen wir uns auch auf die Nachhaltigkeitsziele der UNO. Zürich wagt damit einen innovativen Schritt in die internationale Klimafinanzierung. Es ist ein Beitrag zur lokalen Klimagerechtigkeit, der uns einen Lerneffekt für mögliche dauerhafte Programme verspricht. Nicht zuletzt gibt es auch eine Signalwirkung für uns als progressive Stadt. Zürich übernimmt zurecht Verantwortung, nicht nur lokal, sondern auch global.



Grundsatzdebatte:

**Yves Peier (SVP):** Die SVP lehnt die Weisung des Stadtrats zur Motion von Barbara Wiesmann (SP) und Julia Hofstetter (Grüne) dezidiert ab. Wir sind der Ansicht, dass die internationale Klimafinanzierung Aufgabe des Bundes im Rahmen internationaler Abkommen ist. Die Stadt Zürich überschreitet dabei ihre Kompetenz und sollte sich auf lokale Klima- und Umweltschutzmassnahmen konzentrieren. 6, 9 oder sogar 18 Millionen Franken neue Ausgaben für ein Pilotprojekt sind unverhältnismässig. Die erwarteten CO<sub>2</sub>-Emissionen entsprechen nur vier Prozent des jährlichen Ausstosses der Stadt Zürich. Kontrolle und Transparenz von Fördergeldern, die bei externen NGO oder mittleren bis kleineren Unternehmen im Ausland eingesetzt werden, ist für die Stadt Zürich nur begrenzt möglich. Wir finden, dass Klimaschutz vorwiegend auf lokaler Ebene passieren soll, nicht im Ausland. Die SVP ist grundsätzlich gegen die Finanzierung ausländischer Klimaprojekte. Die Kosten sind zu hoch, die Wirkung auf das Weltklima gleich null.

**Florine Angele (GLP):** Wie wir von Pascal Lamprecht (SP) gehört haben, beruht diese Weisung auf einer Motion von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP). Diese forderte eine CO<sub>2</sub>-Reduktion im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstosses in der Stadt Zürich mittels internationaler Klimafinanzierung. Wir haben die Motion damals nicht unterstützt und hätten das Anliegen lieber als Postulat überwiesen, da wir den Betrag relativ hoch fanden. Nichtsdestotrotz erkennen wir die Notwendigkeit der internationalen Klimafinanzierung und glauben, dass diese sehr wohl einen Effekt auf den internationalen Klimaschutz und die Klimapolitik hat. Zürich hat einen hohen Konsum und ist stark in globale Wertschöpfungsketten eingebunden. Somit tragen wir wesentlich zu Emissionen bei, die ausserhalb unserer Stadtgrenzen anfallen. Somit endet dort unsere Verantwortung auch nicht. Besonders in Ländern mit wenigen finanziellen Mitteln lassen sich durch gezielte Investitionen grosse Klimawirkungen erzielen, die oft mit Vorteilen für Biodiversität, Gesundheit und soziale Entwicklung kombiniert sind. Den Pilotcharakter an dieser Weisung schätzen wir. Der Stadtrat wählt einen guten Ansatz. Anstatt viel Geld in die Hand zu nehmen, schaut man, wie man diese Klimafinanzierung aufbauen könnte. Wir finden auch wichtig, dass diese bei den Städten angesiedelt, aber vom GUD beraten wäre. So könnte man die Zusammenarbeit testen. Auch die klaren Kriterien finden wir gut und sinnvoll. Dazu gehören Klimawirkung, weitere Entwicklungsbereiche der UNO-Agenda, der Bezug zu Zürich und Diversität. Grundsätzlich stehen wir sehr klar hinter diesem Pilotprojekt und sehen es als den richtigen ersten Schritt, um Zürich langfristig in der internationalen Klimafinanzierung zu positionieren.

**Julia Hofstetter (Grüne):** Die Idee war, dass wir als Stadt Zürich Verantwortung übernehmen, indem wir unsere Emissionen entlang dem vorgegebenen CO<sub>2</sub>-Absenkpfad so schnell wie möglich reduzieren. Gleichzeitig stehen wir mit einer internationalen Klimafinanzierung für das gerade, was wir in Zürich noch nicht hinkriegen. Der Betrag, den wir zahlen müssen, nimmt mit den Jahren ab, da wir die Emissionen in Zürich Schritt für Schritt reduzieren und dadurch unsere internationalen Verpflichtungen im Laufe der Zeit sinken. Barbara Wiesmann (SP) und ich haben in unserem Vorstoss gefordert, dass wir 10 Prozent der städtischen Emissionen senken. Der Stadtrat möchte nun für nur 4 Prozent unserer Emissionen geradestehen. Wir schulden der Welt mehr als das. Wir Grüne



halten darum an unseren knappen 10 Prozent fest und schlagen dafür ein Budget von 18 Millionen Franken pro Jahr vor. Falls wir keine Mehrheit finden sollten, unterstützen wir auch den Kompromiss von 9 Millionen Franken. Für Zürich ist die Klimafinanzierung eine Investition in Sicherheit, Stabilität und Glaubwürdigkeit. Die Industrieländer haben sich verpflichtet, Länder im Globalen Süden beim Schutz vor der Klimakrise finanziell zu unterstützen. Auch die Schweiz hat diese Verantwortung anerkannt. Eine Analyse der Caritas besagt allerdings, dass sich die Schweiz vor einem fairen Anteil drückt. Die Beträge liegen deutlich unter dem, was wirtschaftlich möglich und klimapolitisch fair wäre. Die Gelder stammen ausserdem fast ausschliesslich aus dem Budget für internationale Zusammenarbeit zulasten der Armutsbekämpfung. Zürich profitiert von internationalen Finanzflüssen und einem Wirtschaftsmodell, das stark auf fossilen Energien basiert. Als internationaler Finanzplatz braucht Zürich eigene Strategien zur Klimafinanzierung. Somit handelt es sich um eine städtische Sache und stellt eine strategische Aufgabe dar. Die Klimakrise gilt laut dem Global Risk Report 2025 als grösstes globales Risiko der kommenden Jahre. Dynamiken der Krise destabilisieren ganze Regionen, verstärken Konflikte, machen globale Lieferketten verletzlich und erschweren stabile Märkte, Handelswege und Preisstabilitäten mit direkter Rückwirkung auf Zürich und die Schweiz. Internationale Klimafinanzierung schafft Vertrauen und eröffnet neue Kooperationsfelder mit Ländern aus dem Globalen Süden. Solche Investitionen in gemeinsame Klimaprojekte verankern Zürich in diesen Regionen als verlässlichen Partner und zeigen, was gelebte Solidarität bedeutet. Als Barbara Wiesmann (SP) und ich diesen Vorstoss geschrieben haben, war uns klar, dass die Klimafinanzierung der Netto-Null-Bilanz auf keinen Fall angerechnet werden darf. Die Glaubwürdigkeit von Zürich würde sonst massiven Schaden nehmen. Von rechts gibt es nun genau so einen Antrag. Das ist unvernünftig und zynisch. Wir dürfen uns nicht von unserer Verantwortung freikaufen und damit in koloniale Zeiten zurückkehren, in denen sich die anderen um unseren Dreck gekümmert haben. Wir wollen ein faires Klimaschutzprojekt für alle und für Zürich.

**Moritz Bögli (AL):** Auch die AL hat die Motion unterstützt, als sie überwiesen wurde. Von der Umsetzung sind wir nur mittelmässig begeistert. In vielerlei Hinsicht hat sie uns an das Projekt «KlimUp» erinnert, das wir damals im Gemeinderat abgelehnt haben. Wie sie aber im Kommissionsantrag sehen, stimmen wir dem Projekt zu. Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Stadt Zürich global gesehen in der Verantwortung steht für die Emissionen, die wir weltweit verursachen. Die Schäden der Klimaveränderung fallen im Globalen Süden oft massiv stärker aus als bei uns. Deshalb sind wir klar dabei. In einem Pilotprojekt ist es sinnvoll zu untersuchen, wie das funktionieren könnte und welche Auswirkungen das mit sich bringen würde. Uns ist aber auch klar, dass das an gewisse Bedingungen geknüpft ist. Zentral ist, dass wir unsere Reduktionen nicht an die eigenen Treibhausgasemissionen anrechnen lassen, wie Julia Hofstetter (Grüne) ausgeführt hat. Wir wollen keinen neokolonialen Ablasshandel, mit dem wir uns freikaufen, um uns besser zu fühlen. Ich gehe davon aus, dass der Antrag im Rat scheitern wird und sich die Mehrheiten noch verschieben. Wir stimmen dem Projekt zu, auch wenn es nicht genau so ist, wie wir uns das vorgestellt hätten. Es ist wichtig, dass wir ein Signal setzen und unsere Verantwortung als reiche Stadt im Globalen Norden ernst nehmen.



**Karin Weyermann (Die Mitte):** Die Die Mitte/EVP-Fraktion wollte die Motion nicht als solche überweisen, da wir bereits damals keine fixe Rate im Bereich Treibhausgasemissionen festsetzen wollten. Wir hatten aber inhaltlich mit dem Anliegen sympathisiert und wären bereit gewesen, es in Form eines Postulats zu überweisen. Mit dem vom Stadtrat vorgelegten Resultat sind wir so weit zufrieden. Wir erachten das Pilotprojekt für die internationale Klimafinanzierung als sinnvollen Ansatz, um auszuprobieren und zu schauen, wie man diese aufsetzen kann. Jede weitere Erhöhung des Budgets würden wir ablehnen. Das würde dazu führen, dass wir das gesamte Pilotprojekt nicht mehr unterstützen könnten.

**Samuel Balsiger (SVP):** In dieser Weisung nehmen Sie wie sonst auch immer Bezug auf das Pariser Klimaabkommen. Wenn Sie vom sogenannten Klimaschutz sprechen, ist das Ihre heilige Schrift. Dabei wissen Sie gar nicht, was in dem Dokument steht. Haupttreiber des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstosses ist China, das für rund 27 Prozent des menschengemachten CO<sub>2</sub>-Ausstosses verantwortlich ist. Im Pariser Klimaabkommen steht, dass China erst im Jahr 2060 klimaneutral werden soll, bis zum Jahr 2040 jedoch noch wachsen, der Ausstoss also noch zunehmen darf. Gleichzeitig wollen Sie der Stadt Zürich das Jahr 2035 und dem Kanton das Jahr 2040 als Netto-Null-Ziel vorschreiben. Das macht doch keinen Sinn. Wenn Sie für den Klimaschutz wären, würden Sie das Pariser Klimaabkommen kritisieren und über die Zerstörung der Ozeane sprechen. Diese stehen tatsächlich kurz vor der Zerstörung und wenn dieser Punkt erreicht ist, kollabiert das weltweite Umweltsystem. China fährt derweil Abfall auf grossen Schiffen aufs Meer und entleert ihn dort – und das ist Ihr Traumland. Wir importieren Stahl von dort, dessen Produktion keinen Umweltstandards folgt, nachdem wir in unserem Industriesektor Stellen abgebaut haben. Der Industrieabbau hat sich auch im Kanton Solothurn gezeigt. Unsere Industrien sollen zerstört werden, damit Menschen aufgrund von Unzufriedenheit über die Arbeitslosigkeit ihr Vertrauen in westliche Demokratien verlieren und sich einem diktatorischen Staat zuwenden. Dafür sorgt das Pariser Klimaabkommen. Von Klimapolitik zu sprechen, ist absurd. Ihnen geht es allein um politische Macht und Angstmache. Sie wissen nicht Bescheid und bringen somit keine wirkungsvolle Politik zustande.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** Nach dem Votum von Samuel Balsiger (SVP) versuche ich wieder etwas Sachlichkeit in die Debatte zur internationalen Klimafinanzierung zu bringen. Fakt ist, dass Städte in Bezug auf Treibhausgasemissionen einen global starken Einfluss haben und gleichzeitig stark vom Klimawandel betroffen sind. Auch klar ist, dass der Konsum der Stadtbevölkerung aufgrund der hohen Kaufkraft relativ hoch ist, was höhere Emissionen im Ausland verursacht. Die Motion gibt der Stadt Zürich die Möglichkeit, Verantwortung und eine Vorbildfunktion zu übernehmen. Das wollen wir mit diesem Antrag zum Pilotprojekt zeigen. Ebenso wollen wir sorgfältig prüfen, wie wir in der internationalen Klimafinanzierung Erfahrungen sammeln und den Mehrwert sowohl für die begünstigten Regionen als auch für die Stadt Zürich testen können. Wir haben ein Budget



von 6 Millionen Franken für ein Klimaschutzprojekt über die nächsten fünf Jahre beantragt. Mit dem Betrag sollten wir Massnahmen sorgfältig umsetzen und prüfen können, was der genaue Effekt vor Ort und für die Stadt Zürich ist. Wir fokussieren uns auf die Treibhausgasreduktion, berücksichtigt werden aber auch weitere Nachhaltigkeitsziele der UNO. Entscheidend ist die langfristige Einbettung in lokale Systeme und die Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse in besonders klimaexponierten und unterfinanzierten Ländern. Projekte müssen in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren umgesetzt werden, was die lokale Verankerung, langfristige Wirkung und Nachhaltigkeit fördert. Wir wollen Projekte bevorzugen, die einen Bezug zur Stadt Zürich aufweisen, bspw. durch die thematische Ausrichtung eines Projekts an Quellen indirekter Emissionen der Stadt Zürich wie Ernährung, Mobilität und Textilien sowie anderen Wertschöpfungsketten. Eine Ansässigkeit in der Stadt Zürich ist ein zusätzlicher Pluspunkt bei der Bewertung. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Projekt wichtige Erkenntnisse im Bereich Klimaschutzfinanzierung sammeln können und es sich um den richtigen Betrag handelt.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Pascal Lamprecht (SP):** Danke STR Andreas Hauri, dass du wieder für Sachlichkeit in der Debatte gesorgt hast. Beim Votum von Samuel Balsiger (SVP) habe ich nach wenigen Sekunden den Faden verloren. Wir waren ebenfalls der Meinung, dass wir 10 Prozent und nicht 4 Prozent Reduktion gefordert haben. Auch der Testumfang sollte möglichst breit angelegt werden, zumal wir vorhin aufgezeigt haben, dass es einen Unterschied zwischen Projekt- und Klimaschadenkosten gibt. Wir sind aber pragmatisch und wollen eine solide Mehrheit erreichen. Darum haben wir einer Erhöhung um 50 Prozent auf 9 Millionen Franken zugestimmt. Wir verstehen euren Antrag auf 18 Millionen Franken, liebe Grüne. Für das Klima ist es aber schlimmer, mit wehender Fahne unterzugehen, als einen grossen Kompromiss einzugehen und damit eine Mehrheit zu erreichen.

**Yves Henz (Grüne):** Uns ist klar, dass der Betrag nicht annähernd dem entspricht, was benötigt wird, um den in der Motion gestellten Forderungen gerecht zu werden. Selbst der von uns geforderte Betrag wird dem nicht gerecht. Uns ist aber bewusst, dass es sich um einen Test handelt. Dabei sollte man sich im Umfang des Betrags daran orientieren, was in der späteren Umsetzung realistisch ist. Mit den 18 Millionen Franken sind wir deutlich näher an der Realität. Wir wollen echte, nicht nur Babyschritte machen.

**Thomas Hofstetter (FDP):** Die FDP lehnt den Änderungsantrag klar ab. Mit diesem möchte die rot-grüne Mehrheit die Ausgaben des Pilotprojekts nochmals erhöhen. Allein die Weisung beansprucht 6 Millionen Franken. Weitere Steuergelder zu sprechen, ist verantwortungslos. Man muss sich der finanziellen Lage der Stadt Zürich bewusst sein. Das Budget 2026 ist defizitär und auch die Folgejahre schreiben tiefrote Zahlen. Ausserdem hat es Yves Peier (SVP) bereits erwähnt: Unserer Meinung nach bestehen erhebliche Zweifel über die Zuständigkeit. Die internationale Klimafinanzierung ist Aufgabe des



*Bundes oder von internationalen Institutionen. Zürich soll keine Doppelspurigkeit schaffen. Wenn wir solche Pilotprojekte unterstützen, wäre es zentral, dass wir die CO<sub>2</sub>-Reduktionen im Ausland unserer Klimabilanz anrechnen lassen können. Das wird heute Abend keine Mehrheit erreichen, weswegen wir dem Dispositivantrag zwar gehäuft zustimmen, die Weisung aufgrund der zusätzlichen Kosten jedoch ablehnen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

**Florine Angele (GLP):** *Pascal Lamprecht (SP) hat vorher von einer Mehrheit gesprochen. Dazu gehören wir auch. Die Erhöhung um 3 Millionen Franken ist in einem vernünftigen Rahmen. Ebenso hat uns überzeugt, dass die Verwaltungskosten laut der Stadt nicht steigen und die Gelder wirklich in Projekte gesteckt werden können. Dadurch kann ein grösseres Feld an Ansätzen und Projekten ausprobiert werden. Somit unterstützen wir die 9 Millionen Franken. 18 Millionen Franken wäre uns ein zu hoher Betrag.*

**Yves Peier (SVP):** *Wie bei der Grunddebatte elaboriert, werden wir die 18 Millionen Franken dezidiert ablehnen: hohe Kosten bei geringem Effekt. Zu den Babyschritten: Es ist naiv, das Dreifache des vom Stadtrat vorgeschlagenen Betrags zu fordern.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Die Grünen haben gesagt, dass die Erhöhung auf 18 Millionen Franken ein wichtiger Schritt für ihre Grundsatzforderung des Klimaschutzes sei. Zürich will mit dem Netto-Null-Ziel Kosten von 12 Milliarden Franken verursachen. Rechnen Sie aus, wie lange China braucht, um das CO<sub>2</sub>, das wir mit 12 Milliarden Franken bis im Jahr 2040 einsparen, wieder auszustossen. Die Auflösung ist überraschend: 39 Tage. Jetzt behaupten Sie ernsthaft, dass 18 Millionen Franken ein wesentlicher Beitrag zur Abwendung der Klimakrise wäre. Die Argumentation kann man nicht ernst nehmen.*

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von ~~6 Millionen Franken~~ 9 Millionen Franken bewilligt.

Die Minderheit 1 der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von ~~6 Millionen Franken~~ 18 Millionen Franken bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK GUD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.



8 / 14

Mehrheit: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP)  
Minderheit 1: Referat: Yves Henz (Grüne); Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL)  
Minderheit 2: Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Murat Gediz (FDP), Yves Peier (SVP), Deborah Wettstein (FDP)  
Abwesend: Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)  
Vakant: 1 Sitz (Die Mitte/EVP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

|                                |                   |
|--------------------------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat / Minderheit 2 | 41 Stimmen        |
| Antrag Mehrheit                | 54 Stimmen        |
| Antrag Minderheit 1            | <u>18 Stimmen</u> |
| Total                          | 113 Stimmen       |
| = absolutes Mehr               | 57 Stimmen        |

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Pascal Lamprecht (SP):** Die Mehrheit der Kommission plädiert für eine breitere Definition der Klimafinanzierung entlang des bereits erwähnten Pariser Klimaabkommens. Anstatt sich ausschliesslich auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu konzentrieren, sollen auch Projekte mit Massnahmen zur Klimaanpassung und Behebung von Klimaschäden miteinbezogen werden. Im Dispositivantrag haben wir den Klimaschutz konkret unter «Mitigation» gefasst. Das umfasst Massnahmen wie den Ausbau erneuerbarer Energien, Solaranlagen oder Windparks. Gleichzeitig sind Klimaanpassungsadaptionen wie der Schutz vor Überschwemmungen und Frühwarnsysteme wichtig. Darum gibt es diesen Antrag.



**Yves Peier (SVP):** Ich darf Ihnen die Minderheitsbegründung der SVP und FDP vorstellen. Es geht uns um die drei zentralen Dimensionen: Mitigation, Anpassung sowie Deckung von Verlust und Schäden. Die im Pariser Klimaabkommen umfassten Punkte sehen wir sehr kritisch – besonders im Bereich Verlust und Schaden. Wir haben die Sorge, dass die Stadt Zürich auf unbegrenzte Schadenersatzforderungen verklagt werden kann, wenn das überbeuerte Pilotprojekt die drei Dimensionen umfasst. Lange juristische Verfahren mit hohen Kosten drohen. Diese Risiken sind uns zu hoch.

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Das Pilotprojekt umfasst Massnahmen zur Mitigation, zur Anpassung sowie zur Deckung von Verlusten und Schäden gemäss dem Pariser Klimaabkommen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

|             |                                                                                                                                                                                         |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP) |
| Minderheit: | Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP)                                                                                          |
| Abwesend:   | Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                 |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                  |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Moritz Bögli (AL):** Mit diesem Antrag setzen wir fort, was wir beim Projekt «KlimUp» gefordert haben. Wenn städtische Gelder in diesen Bereichen gesprochen werden, geht das nicht an profitorientierte Unternehmen. Während man bei «KlimUp» Unternehmen unterstützt hätte, die in der Frühphase sind, möchte man hier bereits bestehende Projekte unterstützen. Bei Steuergeldern sollte keine Gewinnabschöpfung möglich sein.

**Pascal Lamprecht (SP):** Aus Sicht der Mehrheit möchte man sich bei einem Pilotprojekt nicht beschränken, sondern möglichst viele Optionen, etwa bestehende Fonds, testen.

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):



**3. Die Förderbeiträge dürfen nur an nicht gewinnorientierte Organisationen vergeben werden.**

|             |                                                                                                                                                                                                                                 |
|-------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP) |
| Minderheit: | Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Referat                                                                                                                                                                          |
| Abwesend:   | Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                                                         |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                                                          |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 4

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Pascal Lamprecht (SP):** Eine Mehrheit plädiert dafür, dass das Projekt explizite Ziele im Bereich Biodiversität, Naturschutz und soziale Nachhaltigkeit aufweisen muss. Studien zeigen, dass das sinnvoll ist. Das möchte man mitverfolgen.

**Yves Peier (SVP):** Das Messen dieser Ziele ist ein massiver Aufwand, der mit mehrjährigen Kosten einhergeht. Die Veränderung der Artenvielfalt dauert Jahre und die Resultate sind äusserst fragwürdig. Sie hängen stark von der politischen Haltung des Studienverfassers ab. Darum lehnen wir den Antrag ab.

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 4 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

**4. Die im Rahmen des Pilotprojekts geförderten Projekte beinhalten messbare und konkrete Ziele, die sowohl den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt als auch die nachhaltige Entwicklung adressieren.**

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

|             |                                                                                                                                                                                         |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP) |
| Minderheit: | Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP)                                                                                          |
| Abwesend:   | Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                 |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                  |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Änderungsanträge, neue Dispositivziffer 5

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Florine Angele (GLP):** Würde ich Julia Hofstetter (Grüne) Glauben schenken, wäre die GLP eine rechte Partei, die in kolonialen Zeiten stehen geblieben sei. So düster sehe ich das nicht. Die beiden Motionärinnen haben damals eine Anrechenbarkeit ausgeschlossen. Der Stadtrat hingegen schreibt in der Weisung, dass er das nicht kategorisch ausschliessen möchte. Da der Bezug zu Zürich stark gewichtet wird, soll man das bereits beim Pilotprojekt ausprobieren. Daher finden wir die Anrechnung gerechtfertigt.

**Yves Henz (Grüne):** Wie von Julia Hofstetter (Grüne) bereits ausgeführt, sind wir gegen jeglichen Ablasshandel mit diesen Projekten. Uns ist klar, dass wir eine historische Verantwortung haben. Wir müssen nicht nur in Zürich endlich voranschreiten und unseren CO<sub>2</sub>-Fussabdruck auf null senken, sondern denen gerecht werden, die aufgrund der jahrhundertelangen kolonialen Ausbeutung und Unterentwicklung durch das imperiale Zentrum keine ausreichenden materiellen Ressourcen haben. Weniger ressourcenstarke Länder wollen wir auf ihrem Weg zum Netto-Null-Ziel unterstützen, um unsere Lebensgrundlage, die Natur, für unsere Kinder und Kindeskiner erhalten zu können.

Weitere Wortmeldungen:

**Pascal Lamprecht (SP):** Inhaltlich sehen wir es wie die Grünen. Wir wollen reelle Kompensation statt Ablasshandel.

**Yves Peier (SVP):** Die SVP findet, dass die eingesparten Treibhausemissionen an die Netto-Null-Bilanz angerechnet werden müssen. Wenn die städtischen Steuerzahler internationale Projekte finanzieren, müssen diese selbstverständlich der Stadt angerechnet werden. Die Begründung der Grünen kann ich nicht verstehen. Daher lehnen wir den Antrag ab.

**Karin Weyermann (Die Mitte):** Die Die Mitte/EVP-Fraktion wird dem Antrag zur Anrechnung zustimmen. Dass wir den Ablasshandel befürworten, hat nichts mit unserem historischen kirchlichen Hintergrund zu tun. Wie die GLP bereits ausgeführt hat, sehen wir, dass alle Projekte einen Bezug zu Zürich haben müssen. Das Ziel der Netto-Null-Bilanz zu erreichen, ist ohnehin sehr ambitioniert. Wir können und wollen uns nicht auf die Bremse stellen und alles in Zürich Mögliche tun, um die Emissionen zu reduzieren. Nichtsdestotrotz ist es berechtigt, wenn wir unser externes Engagement anrechnen lassen.

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 5 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):



12 / 14

5. Die durch das Pilotprojekt eingesparten Treibhausgasemissionen werden an die Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich im Bereich der indirekten Emissionen angerechnet.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 5 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

5. Die Klimafinanzierung darf der Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich nicht angerechnet werden.

|             |                                                                                                                                                     |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Referat: Florine Angele (GLP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP)         |
| Minderheit: | Referat: Yves Henz (Grüne); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Dafi Muharemi (SP) |
| Abwesend:   | Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                               |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                              |

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

|                   |                   |
|-------------------|-------------------|
| Antrag Stadtrat   | 0 Stimmen         |
| Antrag Mehrheit   | 51 Stimmen        |
| Antrag Minderheit | <u>57 Stimmen</u> |
| Total             | 108 Stimmen       |
| = absolutes Mehr  | 55 Stimmen        |

Damit ist dem Antrag der Minderheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–4

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–4.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–4.

|             |                                                                                                                                                                                         |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP) |
| Minderheit: | Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP)                                                                                          |
| Abwesend:   | Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                 |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                  |



13 / 14

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a und c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 40 (bei 0 Enthaltungen) zu.  
Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5 (bisher Dispositivziffer 2)

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

|             |                                                                                                                                                                                         |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mehrheit:   | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Dafi Muharemi (SP), Patrick Stählin (GLP) |
| Minderheit: | Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP)                                                                                          |
| Abwesend:   | Referat Mehrheit: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                 |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                  |

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6 (bisher Dispositivziffer 3)

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

|             |                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Zustimmung: | Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Sophie Blaser (AL) i. V. von Susan Wiget (AL), Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP) |
| Abwesend:   | Referat Zustimmung: Pascal Lamprecht (SP)                                                                                                                                                                                                                                      |
| Vakant:     | 1 Sitz (Die Mitte/EVP)                                                                                                                                                                                                                                                         |

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Vorbereitung und anschliessende Umsetzung des fünfjährigen «Pilotprojekts Internationale Klimafinanzierung Zürich» werden neue einmalige Ausgaben von 9 Millionen Franken bewilligt.



14 / 14

2. Das Pilotprojekt umfasst Massnahmen zur Mitigation, zur Anpassung sowie zur Deckung von Verlusten und Schäden gemäss dem Pariser Klimaabkommen.
3. Die im Rahmen des Pilotprojekts geförderten Projekte beinhalten messbare und konkrete Ziele, die sowohl den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt als auch die nachhaltige Entwicklung adressieren.
4. Die Klimafinanzierung darf der Netto-Null-Bilanz der Stadt Zürich nicht angerechnet werden.

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

5. Im Budget 2025 (Stadtentwicklung [1505]) werden folgende Positionen erhöht:

| Konto                                                               | bisher (in Fr.) | Erhöhung (in Fr.) | neu (in Fr.) |
|---------------------------------------------------------------------|-----------------|-------------------|--------------|
| (1505) 3010 00 000, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals    | 6 117 000       | 29 000            | 6 146 000    |
| (1505) 3050 00 000, AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten | 371 700         | 2 000             | 373 700      |
| (1505) 3052 00 000, AG-Beiträge an Pensionskassen                   | 834 500         | 4 000             | 838 500      |
| (1505) 3130 00 000, Dienstleistungen Dritter                        | 1 705 000       | 70 000            | 1 775 000    |
| Total                                                               | 9 111 300       | 105 000           | 9 216 300    |

Unter Ausschluss des Referendums:

6. Die Motion GR Nr. 2022/338 von Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) vom 13. Juli 2022 betreffend Realisierung von CO<sub>2</sub>-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstosses der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat